

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm, Ulrich Leiner und Fraktion (GRÜ)**

Demokratie braucht Jugend IV – Mehr politische Bildung für junge Menschen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Angebote politischer Bildung für junge Menschen innerhalb und außerhalb der Schule auszubauen.

Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen und Projekte:

1. Die politische Bildung und der Sozialkundeunterricht werden in den Lehrplänen an allen Schularten gestärkt. Ab der achten Klasse muss politische Bildung verpflichtend in allen Curricula verankert sein.
2. Schülerinnen und Schülern erhalten mehr Partizipationsmöglichkeiten im Schulalltag und mehr Freiräume für einen projektorientierten und handlungsbezogenen Unterricht.
3. Die außerschulische politische Bildung für junge Menschen wird durch eine bessere Förderung der Angebote von Jugendverbänden, freien Bildungsträgern, Stiftungen und Akademien weiter ausgebaut.
4. Die Landeszentrale für politische Bildung wird besser ausgestattet, um ihre jugendspezifischen Angebote auszubauen und Trägern politischer Bildung mehr Anreize zum Ausbau eigener Programmbieten zu können.
5. Programme und Angebote zum internationalen und europäischen Jugendaustausch werden weiter ausgebaut und besser gefördert.
6. Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die bürgerschaftlichen ‚Bündnisse für Demokratie und Toleranz‘ weiter auszubauen und eine entsprechende Förderstruktur dafür zu schaffen.

Begründung:

Die unzureichende Ausstattung sowohl der schulischen als auch der außerschulischen politischen Bildung in Bayern wird den aktuellen pädagogischen Ansprüchen und gesellschaftlichen Herausforderungen nicht gerecht.

Die politische Bildung und das Fach Sozialkunde sind an Bayerns Schulen weitgehend marginalisiert. Schule ist jedoch ein wesentlicher Lernort für junge Menschen. Sie muss deshalb ausreichend Raum für politische Bildung einräumen und Schülerinnen und Schülern Teilhabemöglichkeiten eröffnen. Wichtige gesellschaftliche Debatten beispielsweise über Flucht und Migration, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, politischen Islam und religiöse Radikalisierung, müssen auch an den Schulen aufgegriffen werden. Nur so wird die Schule zu einem demokratischen Lernfeld, welches den Schülerinnen und Schülern grundlegende demokratische Werte vermitteln. Ab der achten Klasse sollte deshalb an allen Schularten der Sozialkundeunterricht im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden zur Pflichtveranstaltung werden. Zudem müssen mehr Möglichkeiten zu einem handlungsorientierten und projektbezogenen Unterricht geschaffen und die Curricula entsprechend reformiert werden.

Eine Stärkung der außerschulischen politischen Bildung hat das Ziel, mit den Jugendlichen in einer jugendgerechten Sprache zusammen ein Verständnis für komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge zu erarbeiten. Jugendverbände und freie Träger brauchen deshalb eine entsprechende personelle und materielle Ausstattung und eine bedarfsgerechte Förderung. Die Jugendarbeit und die Jugendverbände ermöglichen Jugendlichen praktische Teilhabe und leisten so einen wichtigen Beitrag zu einer gelebten Demokratie. Die außerschulischen politischen Bildungsangebote von freien Trägern, politischen Stiftungen und internationalen Institutionen in Bayern müssen deshalb durch den Freistaat besser gefördert werden. Hier muss auch die Landeszentrale für politische Bildung durch jugendorientierte Projekte und Programme den freien Trägern zusätzliche Anreize zum Ausbau entsprechender Angebote bieten.

Politische Bildungsangebote und Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sollten durch unabhängige Träger und nicht durch Verfassungsschutz und Polizei erfolgen. Hierfür müssen die zivilgesellschaftlichen ‚Bündnisse für Demokratie und Toleranz‘ und unabhängige Beratungsstellen, wie die Landeskoordinierungsstelle ‚Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus‘, weiter ausgebaut und bedarfsgerecht ausgestattet werden. Die Staatsregierung muss deshalb nach dem Vorbild bzw. als Ergänzung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ein eigenständiges Landesprogramm auflegen, das freie Träger und Initiativen in ihren Bildungs- und Präventionsmaßnahmen für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander unterstützt.